

Lohnpolitik

Mäßigung sicherte 600.000 Jobs

Die Lohnpolitik mit Augenmaß hat in Deutschland von Mitte der neunziger Jahre bis 2006 rund 600.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze erhalten beziehungsweise neu geschaffen. Entscheidend war dabei, dass die Lohnsteigerungen sich weitgehend am Produktivitätsfortschritt orientierten. So erhöhte sich die gesamtwirtschaftliche Produktivität je Arbeitsstunde von 1995 bis 2006 um rund 20 Prozent – die Tariflöhne legten im gleichen Zeitraum mit einem branchendurchschnittlichen Plus von 23 Prozent nicht viel kräftiger zu.

Angesichts der immer noch weit mehr als 4 Millionen Arbeitslosen sollte die Strategie der Mäßigung auch in den diesjährigen Tarifrunden befolgt werden. Dies gilt umso mehr, als das von den Gewerkschaften vorgebrachte Argument nicht zieht, mit höheren Löhnen ließe sich der Konsum ankurbeln und damit könnten mehr Jobs geschaffen werden. Tatsächlich ist der Zusammenhang umgekehrt – und eine höhere Beschäftigung lässt den Konsum steigen: Zwischen 1992 und 2006 führte ein Anstieg der Erwerbstätigenzahl um 1 Prozent zu einem Zuwachs des realen Konsums von fast 0,8 Prozent, wohingegen ein tarifliches Lohnplus von 1 Prozent lediglich ein Konsumplus von 0,3 Prozent brachte.

Hagen Lesch: Lohnpolitik, Beschäftigung und Konsum, in: IW-Trends 1/2007

Gesprächspartner im IW: **Dr. Hagen Lesch, Telefon: 0221 4981-778**

Lohnpolitik

Manchmal ist weniger mehr

Im vergangenen Jahr wuchs die deutsche Wirtschaft mit 2,7 Prozent so kräftig wie schon lange nicht mehr und die Konjunkturprognosen sind weiterhin optimistisch. Nun wollen die Gewerkschaften die Gunst der Stunde nutzen – sie fordern bis zu 6,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Völlig aus dem Blick geraten scheint dabei, dass hierzulande immer noch über 4 Millionen Menschen Arbeit suchen. Dabei sprechen die Erfolge der Lohnmäßigung in den vergangenen zehn Jahren für sich: Diese Strategie sicherte Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln zufolge mehr als 600.000 Jobs.*)

In diesem Jahr werden in besonders vielen Branchen die Entgelt-Tarifverträge neu ausgehandelt, unter anderem in der Chemischen Industrie und in der Metall- und Elektro-Industrie mit ihren 3,4 Millionen Beschäftigten. Spannend zu werden verspricht das Tauziehen um Zehntelprozentpunkte Lohn- und Gehaltserhöhung aber auch im Einzelhandel, im Bauhauptgewerbe, in der Druckindustrie und im Versicherungsgewerbe. Ungewöhnlich im Vergleich zu den Tarifrunden der zurückliegenden Jahre ist die Situation auch deshalb, weil die Gewerkschaften diesmal ein scheinbar unanfechtbares Argument auf ihrer Seite wähen: die Konjunkturerholung anno 2006.

Was die Arbeitnehmervertreter mit ihrer „Ende der Bescheidenheit“-Mentalität jedoch übersehen oder verdrängen, ist die trotz aller Erholung des Arbeitsmarkts nach wie vor enorm hohe Arbeitslosigkeit. Sollen die Arbeitslosenzahlen in Deutschland substantiell sinken, bleibt nur eins als Handlungsmaxime: Die Grundsätze für eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik müssen von den Tarifparteien aller Branchen weiterhin beherzigt werden.

Die einfachste Empfehlung dazu gab der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bereits in den sechziger

Jahren ab: Die Löhne sollen etwa in dem Maß erhöht werden, in dem die Produktivität gestiegen ist – darunter versteht man die Menge dessen, was Arbeitskräfte je Stunde herstellen. Diese Regel gilt auch in Zeiten des Konjunkturaufschwungs. Denn wenn Löhne und Arbeitsleistung im Gleichschritt wachsen, bleiben die Lohnstückkosten der Unternehmen konstant. Die Firmen müssen dann weder ihre Preise an veränderte

Kosten anpassen, noch Personal abbauen, um Kosten zu sparen.

Zu Beginn der neunziger Jahre sind die Tarifabschlüsse deutlich über dieses Ziel hinausgeschossen. Seit Mitte des vorigen Jahrzehnts haben sich die Tarifparteien jedoch stärker an die Produktivitätsregel gehalten (Grafik):

Die gesamtwirtschaftliche Produktivität je Arbeitsstunde hat sich von 1995 bis 2006 um rund 20 Prozent erhöht – die Tariflöhne legten im gleichen Zeitraum mit einem branchendurchschnittlichen Plus von 23 Prozent nicht viel kräftiger zu.

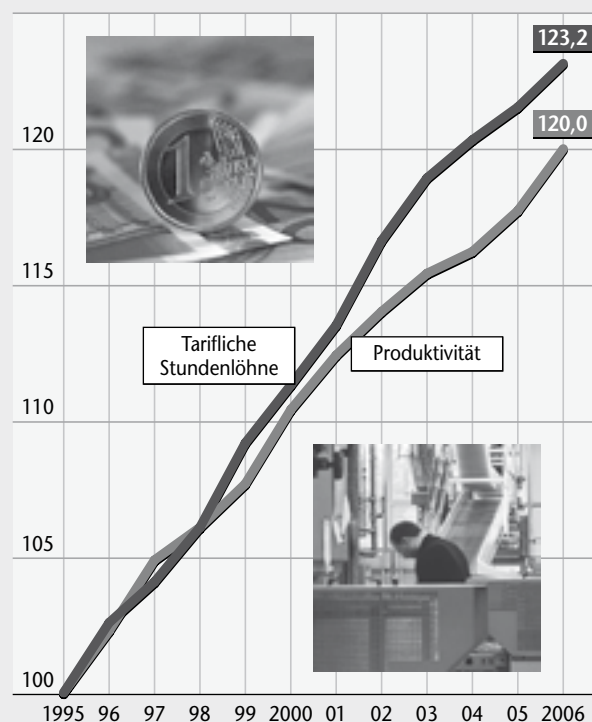
Wie viele Arbeitsplätze dadurch gesichert wurden oder wie viele neu entstanden sind, hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln ermittelt. Die Berechnungen zeigen, dass die Gewerkschaften in den zurückliegenden Jahren ihren Kopf nur noch selten durchgesetzt haben – also über den Produktivitätsfortschritt hinaus keinen vollständigen Inflationsausgleich bei den Löhnen durchsetzen konnten:

Von Mitte der neunziger Jahre bis 2006 hat eine Lohnpolitik mit Augenmaß rund 600.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze erhalten beziehungsweise neu geschaffen.

Im Wesentlichen einig sind sich die Akteure der Tarifverhandlungen darin, dass die Lohnmäßigung dem Exportgeschäft gut getan hat und dass sie mitverantwortlich ist für den florierenden Auslandsabsatz in einigen Branchen. Die Gewerkschaftsseite beklagt jedoch zugleich, dass die geringen Lohnsteigerungen dazu geführt hätten, dass die Bundesbürger immer weniger Geld ausgeben und die Binnennachfrage deshalb so stark eingebrochen sei. Darunter

Tariflöhne: Wieder stärker auf Tuchfühlung zur Produktivität

Gesamtwirtschaft, 1995 = 100



Arbeitskosten: Bruttoentgelte plus Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber je Stunde; Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Stunde
 Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

*) Vgl. Hagen Lesch: Lohnpolitik, Beschäftigung und Konsum, in: IW-Trends 1/2007

hätten insbesondere die hiesige Bauwirtschaft und der Einzelhandel schwer gelitten.

Dass die Kauflaune seit Jahren äußerst mau ist, lässt sich nicht bestreiten:

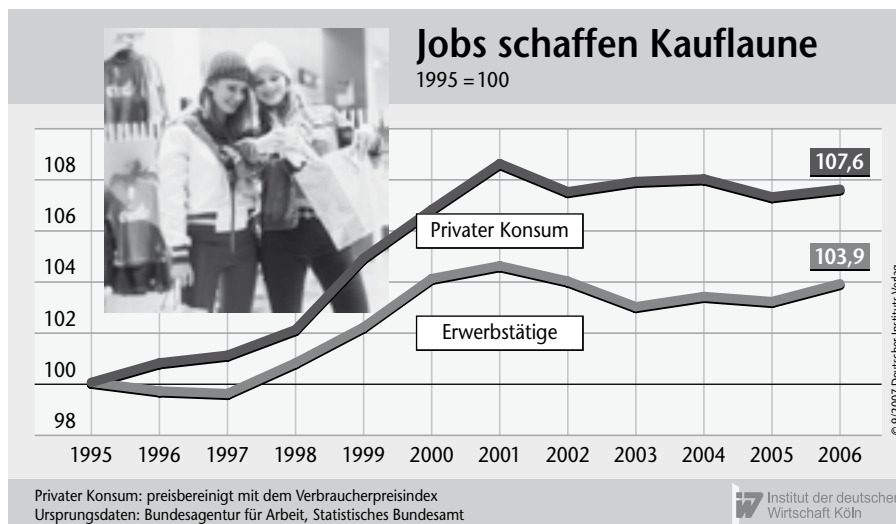
Während der private Konsum im Zeitraum von 1995 bis 2001 real noch um 8,6 Prozent zulegte, ist er seitdem sogar um 1 Prozent zurückgegangen.

Der verbreitete Irrtum in Bezug auf den Konsum liegt in den Ursachen der Flaute. Denn die verschlossenen Portemonnaies hatten weniger mit der Lohnentwicklung zu tun als mit der unsicheren Lage auf dem Arbeitsmarkt: Zum einen steht insgesamt weniger Geld für das Shopping zur Verfügung, wenn weniger Menschen arbeiten. Zum anderen sparen die Leute aus Vorsicht, denn sie haben Angst, im Fall eines Jobverlustes nur schwer eine neue Arbeit zu finden.

Dieser Zusammenhang lässt sich statistisch recht eindrücklich belegen: Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland und die Konsumausgaben der Bundesbürger entwickelten sich in den meisten Jahren von 1995 bis 2006 parallel. Wenn mehr Menschen erwerbstätig waren, nahm der Konsum zu. Gingen weniger Menschen einem Broterwerb nach oder stieg ihre Zahl kaum wie nach 2001, so stagnierten auch die Konsumausgaben (Grafik).

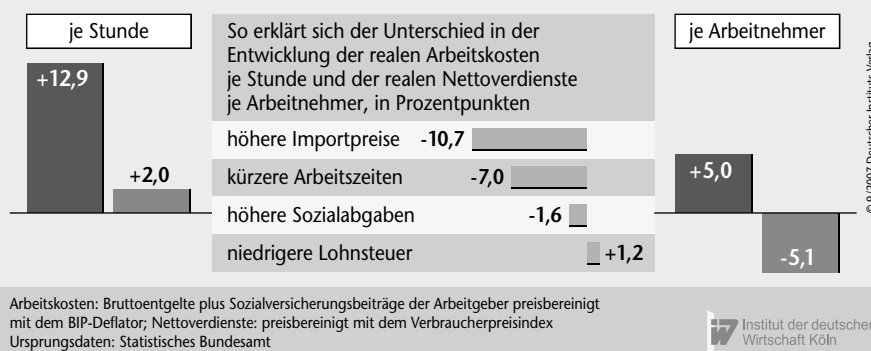
Im Schnitt führte ein Anstieg der Erwerbstätigenzahl um 1 Prozent zwischen 1992 und 2006 zu einem Anstieg des realen Konsums um fast 0,8 Prozent, wohingegen ein tarifliches Lohnplus von 1 Prozent lediglich ein Konsumplus von 0,3 Prozent brachte.

Berücksichtigt man nun noch, dass Lohnentwicklung und Beschäftigung in einem engen Zusammenhang stehen, beißt sich die Katze in den Schwanz. Als Faustregel gilt, dass ein Rückgang der Reallöhne um 1 Prozent die Zahl der Beschäftigten um rund 1 Prozent steigen lässt. Selbst falls es nur halb so viel wäre, würde die positive Wirkung der Arbeitsplätze auf den Konsum die Folgen der realen Einkommenseinbußen überkompensieren. Somit ist klar: Der Konsum leidet nicht, wenn die Tariflöhne allerhöchstens im Ausmaß der Produktivität steigen und der Inflationsausgleich zugunsten der Beschäftigung entfällt.



Einkommensentwicklung: Kürzere Arbeitszeiten schmälern Verdienste

So haben sich die realen Arbeitskosten und die realen Nettoverdienste in Deutschland von 1995 bis 2006 entwickelt, in Prozent



Auch der Umkehrschluss gilt: Die private Nachfrage lässt sich durch kräftige Lohnerhöhungen nicht stimulieren, wie es das in diesem Zusammenhang gern vorgebrachte Kaufkraftargument unterstellt. Es zielt im Wesentlichen darauf ab, via Löhne die Produktion anzukurbeln und so mehr Arbeitsplätze zu schaffen.

Doch der beschäftigungsgefährdende Kosteneffekt auf Seiten der Unternehmen ist viel größer als der Zugewinn an Kaufkraft auf Arbeitnehmerseite, der letztlich den hiesigen Firmen und Arbeitsplätzen zugutekäme. Wie groß die Diskrepanz ist, zeigt ein Vergleich der Arbeitskosten je Stunde und der Nettoverdienste der Arbeitnehmer von 1995 bis 2006 (Grafik):

Während die realen Arbeitskosten seit Mitte der neunziger Jahre mit einem Plus von 13 Prozent kräftig gestiegen sind, verzeichneten die durchschnittlichen realen Nettolöhne

pro Kopf gerechnet sogar einen Rückgang um 5 Prozent.

Zu diesem Effekt haben mehrere Faktoren beigetragen. So schmälerten die gestiegenen Preise ausländischer Waren die inländische Kaufkraft der Arbeitseinkommen – allein dies kostete über 10 Prozentpunkte der Lohnerhöhungen. Die gesunkenen realen Nettolöhne hängen aber ganz schlicht auch damit zusammen, dass sich die durchschnittlichen Arbeitszeiten verkürzt haben. So sank die Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen von 1.534 Stunden Mitte der neunziger Jahre auf 1.437 Stunden im vergangenen Jahr, was nicht zuletzt von der starken Ausweitung der Minijobs kommt.

Im Interesse der Beschäftigten und derer, die auf der Suche nach einem Arbeitsplatz sind – immer noch weit über 4 Millionen Bundesbürger –, sollte die Devise somit auch in den diesjährigen Tarifverhandlungen Mäßigung heißen.